

SPD-Ortsverein Sand am Main  
Vorsitzender Paul Hümmer  
Zeiler Str. 2, 97522 Sand  
Tel. 09524/1733  
[p-huemmer@web.de](mailto:p-huemmer@web.de)

Beschluss der Mitgliederversammlung vom 4. April 2016

**Der SPD Ortsverein Sand reicht nachfolgenden Antrag an den SPD-Parteikonvent ein.**

### **Das Rentenpaket weiterentwickeln – Den Lebensstandard im Alter sichern**

Mit dem abschlagsfreien Rentenbezug nach 45 Versicherungsjahren, der "Mütterrente" mit der höheren Bewertung von Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborenen Kindern und höheren Erwerbsminderungsrenten konnte die SPD in der jetzigen Regierungsverantwortung erstmals seit Jahrzehnten wieder strukturelle Verbesserungen im Rentenrecht verankern.

Der SPD Parteikonvent begrüßt das beschlossene Rentenpaket als wichtigen rentenpolitischen Fortschritt. Es markiert erste wichtige Schritte auf dem Weg zu einer grundlegenden Revitalisierung der gesetzlichen Rente. Das sind Schritte in die richtige Richtung und ein Erfolg der SPD.

Doch die Strukturprobleme bleiben: Die Rentenreformen der vergangenen Jahrzehnte haben mit drastischen Leistungskürzungen schwerwiegende Versorgungsprobleme für heutige und vor allem für kommende Generationen aufgetürmt. Es besteht weiterhin dringender Handlungsbedarf.

Der SPD-Parteikonvent fordert deshalb dazu auf, mit dem „Rentenpaket“ nicht auf halbem Weg stehen zu bleiben. Nötig sind weitere Reformschritte!

Die sozialen Reformansätze der SPD müssen durch ein Finanzierungskonzept begleitet werden. Fair und notwendig ist ein System in dem alle einzahlen, auch die Kapitalvermögen.

Die Finanzierung einer lebensstandardsichernden Rente ist nur unter Berücksichtigung der Einbindung des zunehmenden Vermögenkapitals möglich und damit auch eine Aufgabe der Verteilungsgerechtigkeit. Es ist falsch, allein den Beitragszahlern der gesetzlichen Altersversicherung Leistungen aufzubürden, die die ganze Gesellschaft angehen.

Die SPD wird die den Bundestagswahlkampf 2017 zu nutzen, um die Dringlichkeit zentraler rentenpolitischer Weichenstellungen ab Beginn der nächsten Legislaturperiode hervorzuheben. „Für eine Rente mit Niveau – Eine Rente zum Leben!“

Die rentenpolitisch vordringliche Aufgabe liegt in der generellen Stärkung der gesetzlichen Rente.

Dazu fordert die SPD:

- Das Rentenniveau darf nicht weiter absinken, sondern muss angehoben werden. Die Rente muss den Lebensstandard im Alter absichern.
- Die gesetzliche Rentenversicherung muss zu einer Erwerbstätigenversicherung erweitert, Selbstständige, Freiberufler, Beamte und Parlamentarier schrittweise einbezogen werden.
- niedrige Einkommen steuerfinanziert aufzuwerten,
- wieder Beiträge für Langzeitarbeitslose in die Rentenkasse zu entrichten,
- Besonders langjährig Versicherten muss ein abschlagsfreier Rentenzugang mit 45 Versicherungsjahren ermöglicht werden. Diese Regelung muss allen Jahrgängen und nicht nur ausgewählten offenstehen.
- erwerbsgeminderte Menschen materiell besser abzusichern
- der Zugang zu einer Erwerbsminderungsrente erleichtert wird.
- eine Demografie-Reserve durch eine moderate Beitragssatzentwicklung aufzubauen,
- versicherungsfremde Leistungen wie die „Mütterrente“ vollständig über Steuern zu finanzieren

Mit ihren rentenpolitischen Reformvorstellungen setzt die SPD auf eine Weiterentwicklung des Solidarprinzips und auf einen angemessenen Sozialausgleich zwischen den Generationen.